Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17/1974
19.11.2014

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Lücken im Pfandkreislauf schließen – Pfandkörbe für die ganze Stadt!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) ein Konzept für die Nachrüstung der öffentlichen Müllbehälter in der Stadt mit praktikablen Abstellmöglichkeiten für Pfandflaschen und -dosen zu erarbeiten und umzusetzen.

Dabei sind folgende Eckpunkte zu beachten:

– Abstellmöglichkeiten für Pfandflaschen sind in leicht zu reinigender, stabiler und kostengünstiger Form an den Müllbehältern anzugliedern oder in diese zu integrieren.

– Piktogramme und Hinweise zur Nutzung derselben und eine begleitende Kampagne sind in geeigneter Form vorzusehen.

– Der finanzielle Mehrbedarf der Berliner Stadtreinigung AöR ist zu Einsparungen durch vereinfachte Arbeitsweisen und einer Erhebung über Minderaufwand im öffentlichen Raum ins Verhältnis zu setzen und im Konzept einzupreisen.

Dem Abgeordnetenhaus ist spätestens zum Ende des vierten Monats nach Beschlussfassung zu berichten.

Begründung

Berlin als Metropole und touristischer Anziehungspunkt hat ein Problem: Trotz 8 bis 25 Cent Pfand je Pfandflasche bzw. -dose werden diese weiterhin in Größenordnungen achtlos in die Landschaft oder in den Müll geworfen, auf Mauervorsprüngen, Elektroverteilerkästen, in Grünanlagen oder auf dem Gehsteig abgestellt und erhöhen das Müllaufkommen, die Verschmutzung der Umwelt oder erzeugen – durch Herunterfallen und Zerbersten – die gefährlichen Glasscherben auf den Grünflächen oder auf Fuß- und Radwegen bzw. auf der Straße.

Der sogenannte Pfandschlupf, also die Quote der Pfandflaschen, die den Weg zurück zum Handel nicht finden, beträgt zwischen 5 und 20 Prozent. Insbesondere die ökologisch positiv zu bewertenden 8-Cent-Glasflaschen sind von einer hohen Pfandschlupfquote betroffen, denn sie sind relativ schwer – haben also eine geringe Wertdichte – und bestehen aus Glas, können also – im Gegensatz zu PET- oder Kunststoff-Pfandflaschen – im öffentlichen Raum auf Verkehrsflächen schnell zur problematischen Abfallart „Glasscherbe“ werden.

Neben ökologischen Aspekten spielen bei der berlinweiten Einführung geeigneter Pfandsammeleinrichtungen auch ökonomische Aspekte eine Rolle. Die – für die Reinigung und Entsorgung zuständige – Berliner Stadtreinigung hat allein durch die Mischung aus bepfandetem und nicht bepfandetem Abfall in einem Behältnis und die deshalb notwendige nachträgliche Trennung enormen Mehraufwand. Die zu den Aufgaben der BSR gehörende Reinigung öffentlicher Flächen von Pfandgut oder entsprechenden Überresten kann durch geeignete Pfandsammeleinrichtungen ebenfalls erleichtert werden.

In Berlin sind Pfandsammlerinnen und Pfandsammler ein alltägliches Bild. Wenn auch lokale Pfandgutsammeleinrichtungen nicht als sozialpolitische Ersatzmaßnahme missverstanden werden dürfen, so ist es ein positiver Nebeneffekt, dass das „Wühlen im Müll“ auf diese Weise verringert werden kann, und geholfen werden kann, den Betroffenen ein kleines Stück Würde zurückzugeben sowie einer zusätzlichen gesundheitlichen Belastung durch direkten Kontakt mit Abfällen aller Art Einhalt zu gebieten.

Die Kosten für die Nachrüstung der öffentlichen Abfallbehälter werden in der Literatur mit unter 100 Euro je Objekt angegeben. Wenn man die damit erreichbaren Vorteile, also verringerte Müllberge, Vermeidung von Gefährdung durch Glasscherben und den reduzierten Aufwand für die Reinigung öffentlicher Flächen betrachtet, ergibt sich eine positive volkswirtschaftliche Gesamtbilanz.

Erfahrungen mit solchen Systemen – beispielsweise aus der Stadt Bamberg – ermutigen.

Alternativen im öffentlichen Raum, unter anderem in Grünanlagen im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf erprobte Sammelsysteme, wie beispielsweise umfunktionierte Getränkekisten, haben sich weniger bewährt. Sie sind nicht ganzheitlich mit Müllbehältern kombinierbar, wirken klobig und hässlich und fallen schnell Vandalismus und Diebstahl zum Opfer, da sie selbst mit drei Euro bepfandet sind.

Der Piratenfraktion erscheint eine Erprobung solcher Systeme für einzelne Bezirke unlogisch. Sie ist vielmehr Ergebnis des mangelhaften Engagements des Senats und des Abgeordnetenhauses auf Landesebene. Der berlinweiten Einrichtung von Pfandkörben stehen einzig der politische Wille und ein fehlendes Konzept im Weg.

Berlin, den 18.11.2014

Magalski Prieß Delius Herberg
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion